Erschienen in: Bock, Bettina/Ulla, Fix/Pappert, Steffen (Hrsg.): Politische Wechsel - sprachliche Umbrüche. - Leipzig: Frank und Timme, 2011. S. 51-74. (Sprachwissenschaft 8)

MANFRED W. HELLMANN

Zwei Staaten – eine Sprache? Zwei Staaten – zwei Sprachen?[1]

Ein Rückblick auf das komplizierte Verhältnis von Politik und Sprachwissenschaft bis 1989[2]

1 Von der Teilung über die Gründung der beiden deutschen Staaten bis zum Bau der Mauer 1961 Das „einigende Band der deutschen Sprache"?

Am Anfang war es ganz einfach: Einen deutschen Staat gab es nicht mehr. Die Deutschen lebten in *Besatzungszonen*, in der *Sowjetisch besetzten Zone* oder auch *Ostzone* oder noch kürzer *Zone*, oder aber in einer der drei *Westzonen*; seit 1947 dann in dem *Vereinigten Wirtschaftsgebiet*. Regiert wurden wir vom *Alliierten Kontrollrat* in Berlin bzw. der *Sowjetischen Militäradministration in Deutschland* (*SMAD*) bzw. den drei *Hohen Kommissaren* in Bad Godesberg. Gemeinsames Ziel der Siegermächte war die Wiederherstellung eines vereinigten, aber demokratischen und entmilitarisierten Deutschlands, wobei sich bald zeigte, dass die Siegermächte darunter etwas durchaus Verschiedenes verstanden. Wir, das Volk, waren zwar geteilt, aber die Grenze war nicht dicht und im Übrigen waren wir alle so mit Aufräumen und Überleben beschäftigt, dass uns der Staat und seine Organe ziemlich egal waren.

Wir hatten das gleiche Vokabular des Mangels und der gelenkten Wirtschaft (vgl. Schlosser 2005): Die *Lebensmittelkarten* (*Klstkd*, *Klkd*, *Normalverbraucher*, *Schw.arb*, *Schwst.arb*), die *Zuteilungen* für Kohle, Schuhe und Wohnungen, die *Zwangseinweisungen* bzw. *Einquartierung* der Flüchtlinge und

1 Die bibliografischen Angaben zu der Zeit bis zur friedlichen Revolution beruhen auf dem Forschungsüberblick Hellmann 1989.

2 Im Jahre 2008 sind zwei Sammelbände (Herberg (Hg.) 2008; Hellmann/Schröder (Hg.) 2008) erschienen, in denen zusammen 54 Beiträge zum Thema „Sprache und Kommunikation in Deutschland Ost und West" wieder abgedruckt sind, und zwar aus dem Zeitraum 1953 bis 2006, also aus mehr als einem halben Jahrhundert Forschungsgeschichte. Damit sind auch ältere Beiträge wieder relativ leicht zugänglich. Wann immer möglich und nötig, zitiere ich ältere Literatur nach den Seitenzahlen dieser Sammelbände.

Heimatvertriebenen, die *Reparationen* an die Siegermächte; und die *Zonengrenze* überquerten täglich die *Interzonenzüge*, die übrigens mindestens umgangssprachlich bis zur Wende so hießen.

Problematisch wurde die Frage des Staates, der Einheit der Nation erst mit der Gründung der „*Bundesrepublik Deutschland*", dann der „*Deutschen Demokratischen Republik*" oder „*DDR*", wie sie sich selbst nannte – die beide für den jeweils anderen so nicht heißen durften. Für beide Staaten war die Existenz des jeweils anderen sehr problematisch. Für die Bundesrepublik – damals noch von fast allen einfach *Westdeutschland* genannt – war die DDR beileibe kein Staat, sondern eine *SBZ*, eine *Sowjetische Besatzungszone*, kürzer *Zone*, ein *Pankower Regime*, und blieb dies auch für annähernd zwanzig Jahre; die Bundesrepublik andererseits war für die DDR-Führung zwar ein Staat, aber ein illegitimer, ein *westdeutscher Separatstaat*, regiert von *Ultras*, *Nazigenerälen*, *Kriegshetzern und Revanchepolitikern*, *im Auftrag der aggressivsten Kreise des imperialistischen US-amerikanischen Monopolkapitals*. Die *Blockade Berlins* durch die Sowjetunion fügte solchen Beschimpfungen auf westdeutscher Seite noch eine starke Prise Angst hinzu.

Kein Zweifel: Deutschland war gespalten, und umso mehr, je mehr sich die Institutionen des jeweiligen Staates festigten und Alltag wurden. Kein Zweifel auch, dass die unterschiedliche Verfasstheit beider Staaten – manifest geworden z. B. durch die *D-Mark*, das *Grundgesetz*, die *Bundesländer*, den *Lastenausgleich*, die *soziale Marktwirtschaft* im Westen, die *volkseigenen Betriebe*, den *Zwei-* und *Fünfjahrplan*, die *Kollektivierung der Landwirtschaft*, den *sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern unter Führung der Partei der Arbeiterklasse* in der DDR – auch den Alltag der Bürger prägten, und damit auch ihre Alltagssprache, im Westen noch gefördert durch die zunehmende Bereitschaft der Bevölkerung, den angloamerikanischen Lebensstil zu übernehmen, samt seinem Wortschatz.

Gleiches konnte man für die Deutschen im Osten mit Bezug auf den sowjetrussischen Lebensstil sicher nicht behaupten.

Die sich mehrenden Unterschiede weckten schon sehr früh Alarmrufe auch von prominenter Seite, so z. B. von Victor Klemperer, in der DDR hoch geachteter Volkskammerabgeordneter und Professor, Verfasser des Buches „LTI – Notizbuch eines Philologen".

Er wie auch F. C. Weiskopf (Weiskopf 1955) sah mit Sorge die sich abzeichnenden sprachlichen Differenzen. Klemperer hat sich vehement für die „Einheit und Reinheit der deutschen Sprache" eingesetzt:

Und alle wissen wir, welche ungeheure Rolle für die Einheit der Nation die Einheit ihrer Sprache spielt. Sie ist das innigste Band, das ein Volk in der Mannigfaltigkeit seiner Gruppen, Klassen und Parteien zusammenhält. (Klemperer 1954: 10)

Das war zunächst ein gemeinsamer Ansatz, der allerdings bald auseinanderfiel, weil der immer heftigere Kalte Krieg auch die Sprache als Feld der ideologischen Auseinandersetzung nicht aussparte. Im Westen wurden die Besonderheiten des sich konstituierenden DDR-Staates als „*Parteijargon*", als „*Kaderwelsch*" oder „*Moskauderwelsch*" denunziert und somit der SED die Alleinschuld an der beginnenden sprachlichen Differenzierung („*Sprachspaltung*") zugewiesen.

Auch in offiziösen Veröffentlichungen wie z. B. in dem Nachschlagewerk „SBZ von A bis Z" (1954) des Gesamtdeutschen Ministeriums in Bonn wird die Verantwortung für die eingetretenen sprachlichen Unterschiede als „*offizieller Jargon des Regimes*" einseitig dem DDR-System zugeschoben (SBZ A–Z 1954: 4 (Vorwort)).

Die andere Seite revanchierte sich mit dem Hinweis darauf, dass der Sprachgebrauch im Westen anglo-amerikanisch überfremdet und von den „*imperialistischen Monopolverlagen verseucht*" sei und derartiges; hingegen werde in der DDR die deutsche Nationalsprache *kulturvoll* gepflegt und im Sinne der humanistischen deutschen Traditionen *fortschrittlich weiterentwickelt*. Von „Sprachspaltung" könne keine Rede sein, und wenn, sei dies Schuld der westdeutschen Imperialisten, nicht die der DDR, die an der Einheit der Nation und ihrer Sprache festhalte, während sich „*Westdeutschland*" separatistisch abspalte.

Einig war man sich nur darin: 1) Die sprachlich-kulturelle Einheit muss gewahrt werden; 2) die staatliche Einheit soll wieder erreicht werden, allerdings unter gänzlich unterschiedlichen Vorzeichen. Im Westen propagierte das „Kuratorium Unteilbares Deutschland" die Aktion „*Macht das Tor auf!*", im Osten forderte Ulbricht „*Deutsche an einen Tisch*" oder „*das offene deutsche Gespräch*".

Auch der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 und die Niederschlagung des ungarischen Aufstands vom Oktober 1956 änderten an diesen Grundkonzeptionen wenig; sie verschärften allerdings die politischen und verbalen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West erheblich. Die Bundesrepublik versuchte einer etwaigen *Anerkennung der DDR* durch andere Staaten mit der

sog. „*Hallstein-Doktrin*“ (1956) zu begegnen, nach der jeder Staat, der die DDR als Staat anerkennt, mit dem Abbruch aller diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen bestraft wird. Der vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen eingerichtete „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ entwarf Strategien und Pläne für einen „Tag X“, den Tag einer Wiedervereinigung (s. Gloe 2005); der „Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen“ sammelte Verbrechen und Willkürakte der DDR-Staatsorgane mit dem Ziel, die Täter später zur Rechenschaft zu ziehen.

Beides löste bei der SED heftigste Attacken aus.

Es war nicht zu übersehen, dass sich die beiden deutschen Staaten voneinander fortentwickelten, und dies auch sprachlich. Während dies in Veröffentlichungen aus der DDR als historisch notwendig und begrüßenswert gelobt wurde (Höppner 1963; Ihlenburg 1964; Gernentz 1967), wurden dieselben Erscheinungen von Seiten der BRD als sprachliche Spaltungsversuche verurteilt. Dass sich auch in der BRD ein erheblicher Sprachwandel ereignet hatte und weiter ereignete, kam gar nicht in den Blick.

2 Vom Mauerbau bis zum Beginn der Reformjahre 1968/69

2.1 Politische Entwicklung

Entscheidend verstärkt wurde diese Tendenz durch den Bau der Mauer und die militärische Sperrung der innerdeutschen Grenze am 13. August 1961. Nicht nur diese Maßnahmen selbst, sondern auch die Erkenntnis, dass die westlichen Schutzmächte sie akzeptierten, verschärfte einerseits die Schuldzuweisungen an das „*Spalterregime*“ der SED, andererseits aber auch die Erkenntnis, dass die Chancen auf eine Wiedervereinigung weiter schwanden. Seitdem sahen auch hartgesottene Vertreter der Wiedervereinigungspolitik keine realistische Möglichkeit mehr, sie zu erreichen. Alle Versuche, die DDR zu einer Wiedervereinigung zu zwingen, waren vergeblich geblieben und mussten es bleiben, solange die DDR von den Mächten des Warschauer Vertrags unterstützt wurde. Weder die Strategie des „Roll back“ noch die „*Hallstein-Doktrin*“, weder die Aufrüstung der Bundeswehr noch die NATO-Strategie der „Vorwärtsverteidigung“, weder Embargo-Maßnahmen noch der Flüchtlingsstrom aus der DDR hatten irgendetwas gebracht außer Krisen und weiterer Verschärfung der Abgrenzung.

Allmählich bekam die DDR-Politik der Bundesregierung auch im eigenen Lager Probleme. Die erwähnte „*Hallstein-Doktrin*" wurde mehr und mehr unterlaufen. Die deutsch-deutschen Probleme wurden den Alliierten unbequem.

2.2 Sprachwissenschaft

Die Sprachwissenschaft in der BRD nahm sich um 1960 erstmals des Themas an, so in den Arbeiten von Walter Richter 1953, Herbert Bartholmes 1961, Werner Betz 1962, Gustav Korlén 1959, Hugo Moser 1961 und 1962 und anderen. Anfängliche Sprachspaltungsbefürchtungen wurden bald aufgegeben, wohl aber sah man eine vor allem lexikalische Sonderung oder Differenzierung.

Zunächst überwog ein philologisches Interesse am regional Auffälligen, und zwar mit einer Intention, den bundesdeutschen Sprachgebrauch als Norm zu sehen, den Sprachgebrauch der DDR dem gegenüber als Abweichung, als Normverstoß.

Diesem bisher überwiegenden Ansatz wurden einige wichtige methodische Forderungen entgegengestellt:

1) Nicht das Sprachsystem ist zu untersuchen auf Normeinhaltung und Normverstöße, sondern der Sprachgebrauch bzw. die Sprachgebräuche sind zu untersuchen auf Übereinstimmung bzw. Nichtübereinstimmung.

2) Grundlage des Vergleichs ist die Annahme der Gleichrangigkeit, oder wie man damals sagte: der Nichtdiskriminierung. DDR-Texte sind nicht schon deswegen schlecht, verdorben und gefährlich, weil es DDR-Texte sind. Sondern es sind zunächst einfach deutschsprachige Texte, die man auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten, auf Fremdes und Vertrautes, auf gesellschaftliche Bedingungen, auf Strukturen und Frequenzen vergleichend untersuchen kann.

3) An die Stelle passend ausgewählter Einzelbeispiele muss die Analyse größerer Texte treten, unter Berücksichtigung der sehr wichtigen Kategorie „Gebrauchshäufigkeit". Dazu sind angemessene Textkorpora und Auswertungsverfahren erforderlich, zweckmäßigerweise computergestützt.

4) Es ist die in anderen Wissenschaften längst übliche Vorgehensweise einzuhalten: a) Konzeption und Methodik, b) Materialsammlung, c) Materialanalyse, d) Beschreibung, e) Interpretation und Bewertung. Und nicht umgekehrt!

Das sagt sich heute alles leicht – damals war es alles andere als selbstverständlich.

Schon um 1964/65 begannen (in der Bonner Forschungsstelle des Instituts für Deutsche Sprache) Untersuchungen auf der Basis großer Zeitungs-Textsammlungen aus Ost und West (s. BZK 1984), die zunächst beschreiben wollten, was denn in welcher Weise unterschiedlich war (vgl. Hellmann 1968). Die Forschung war ganz überwiegend auf Wortschatz samt Semantik, Wortgebrauch, Phraseologie und bis zu einem gewissen Grade auch auf Stil orientiert, denn unzweifelhaft lagen hier die sichtbarsten und für jeden spürbaren Veränderungen vor.

Walther Dieckmann kritisierte die frühere westdeutsche Ost-West-Forschung schon früh (Dieckmann 1967) als politisch statt sprachwissenschaftlich motiviert; er warf den meisten Untersuchungen vor, sie wollten nur sprachlich belegen, „was man politisch schon weiß". Das wachsende Methodenbewusstsein in der Linguistik tat hier schon seine Wirkung (vgl. vor allem auch Dieckmanns Buch von 1969), aber ebenso die beginnende Reform- und Anerkennungsdebatte in der BRD und die damit verbundene Ablehnung der Frontstellungen des Kalten Krieges.

2.3 „Nation" und „Einheit der Sprache" in Ost und West

In der DDR zeigten sich ebenfalls Konzeptionsänderungen in Bezug auf die Einheit der Nation. Die gesamtdeutschen Parolen der fünfziger und sechziger Jahre wurden aufgegeben. Stattdessen propagierte Ulbricht die Gegensätzlichkeit der beiden deutschen Staaten: „Nichts verbindet die fortschrittlichen DDR-Bürger mit dem imperialistischen Westdeutschland, alles mit der DDR, unserm sozialistischen Vaterland". Auch die Einheit der Sprache und Kultur sei „in Auflösung begriffen" (Ulbricht 1970).[3] Gleichzeitig forderte er mit Nachdruck die völkerrechtliche Anerkennung der DDR auf der Basis der Gleichbe-

3 Walter Ulbricht: Rede auf der 13. Tagung des ZK der SED. In: „Neues Deutschland", Jg. 25, Nr. 164, 16. Juni 1970, S. 4: Sogar die einstige Gemeinsamkeit der Sprache ist in Auflösung begriffen. Zwischen der traditionellen deutschen Sprache Goethes, Schillers, Lessings, Marx und Engels, die vom Humanismus erfüllt ist, und der vom Imperialismus verseuchten und von den kapitalistischen Monopolverlagen manipulierten Sprache in manchen Kreisen der westdeutschen Bundesrepublik besteht eine große Differenz. Sogar gleiche Worte haben oftmals nicht mehr die gleiche Bedeutung [...] Wenn wir z. B. von Gleichberechtigung und Nicht-Diskriminierung sprechen, dann meinen wir eben echte Gleichberechtigung und Nicht-Diskriminierung. Wenn jedoch manche politische Führer in Bonn von Gleichberechtigung sprechen, dann verstehen sie darunter Unterwerfung der DDR. Und wenn sie Nicht-Diskriminierung predigen, dann meinen sie Verewigung der Diskriminierung der DDR und ihrer Bürger [...] Vor allem aber müssen wir feststellen: Die Sprache der Hitlergeneräle, der Neonazis und der Revanchepolitiker gehört nicht zu unserer deutschen Sprache, zur Sprache der friedliebenden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die wir lieben, schätzen und weiterentwickeln.

rechtigung, insbesondere durch die „*BRD*", wie er im Dezember 1969 erstmals offiziell erklärte (Ulbricht 1969).

Westdeutsche Medien begannen hingegen, die einigende Kraft der deutschen Sprache, ihre verbindende und allen DDR-Abgrenzungen widerstehende Haltbarkeit zu betonen.

Klemperers Metapher vom „einigenden Band der deutschen Sprache" erlebte eine Art Renaissance, während in der DDR, wo diese Metapher ja entstanden war, dagegen polemisiert wurde. Die „*Abgrenzung*" der DDR gegenüber der BRD, gemeinhin der Honecker-Ära zugeordnet, begann schon unter Ulbricht.

3 Reformjahre: Von 1968/69 bis 1974 – Politik der „kleinen Schritte" versus „Abgrenzungspolitik"

3.1 Reformbewegung – Anerkennung der DDR?

In der BRD hatte sich bis 1969 eine, wenn man so will, erste politische Wende ereignet, mit weitreichenden Folgen.

Man ordnet die Reformen der damaligen Zeit – und vor allem ihre Übertreibungen und Entgleisungen – gern dem Begriff „Achtundsechziger" zu. Das war nie eine Selbstbezeichnung der damaligen Akteure, weil sie sich in keiner Weise als etwas Einheitliches sahen; die Bewegung war in zahlreiche Gruppen zersplittert, die sich gegenseitig bekämpften. Gemeinsam war ihnen allenfalls eine antiautoritäre Grundeinstellung und der Wille nach Veränderungen im Staat und in möglichst allen Bereichen der Gesellschaft. Die Theorien, an denen sie sich orientierten, die Leitbilder, die Ziele, die Methoden waren höchst divergent.

Die sie tragende Reformbewegung, heterogen wie sie war, wäre kaum mehrheitsfähig geworden, hätte sich nicht eine große Mehrheit der jüngeren Generation auf fünf Essentials einigen können:

1) Weg mit den alten Nazis aus öffentlichen Ämtern, Aufklärung der Nazi-Verbrechen;

2) Mehr Demokratie in Form von Mitbestimmung auch in Betrieben und Institutionen, besonders den Universitäten;

3) Abbau von gesellschaftlichen und juristischen Diskriminierungen; faktische Gleichberechtigung der Frauen;

4) Abbau der Ost-West-Konfrontation; Verständigungspolitik nicht nur nach Westen, sondern auch nach Osten; dazu
5) Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat.

Die Punkte 4 und 5 wurden für unser Thema relevant.

Es gelang der SPD unter Willy Brandt, sich an die Spitze dieser gezähmten Reformbewegung zu setzen und neue Mehrheiten zu mobilisieren. Zunächst im Rahmen der Großen Koalition Kiesinger/Brandt, dann in der sozialliberalen Koalition Brandt/Scheel, später Helmut Schmidt/Scheel.

3.2 Forschungspolitik und Forschung[4]

Für die Beschäftigung mit dem Thema DDR hatte dieser Wechsel weitreichende Folgen. Die jüngere Forschergeneration nicht nur im Bereich der DDR- und Deutschlandforschung – aber diese besonders – wollte heraus aus den unproduktiv gewordenen Konfrontationen des Kalten Krieges, aus der verkrampften Leugnung der DDR als Staat, aus einer propagandistisch geprägten Darstellungsweise mit oft vorhersehbaren politischen Bewertungen, aus einer Haltung, die Ideologiegebundenheit grundsätzlich nur auf der anderen Seite erkannte und kritisierte, nicht auf der eigenen.

Damit gerieten die bisherigen Strukturen und Methoden der etablierten DDR-Forschung in eine mehrfache Schieflage: Ihre Informationsbasis wurde aufgrund der Absperrmaßnahmen seit 1961 schlechter, ihre Methoden entsprachen nicht dem inzwischen erreichten Standard in den Gesellschaftswissenschaften, ihre Ergebnisse waren perspektivisch vorgeprägt, insgesamt wurde sie verdächtigt, nur noch Vollzugsinstrument einer ohnehin überholten Wiedervereinigungspolitik zu sein.

Prominentes Opfer dieser neuen Linie wurde der oben erwähnte „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" (vgl. Gloe 2005). Er wurde voll aus Mitteln des Gesamtdeutschen Ministeriums finanziert und verfügte über ein eigenes Forschungsinstitut. Jetzt wurde er von vielen Seiten angegriffen als Instrument des Kalten Krieges und 1975 aufgelöst. Er befasste sich allerdings auch mit sehr praktischen Fragen, die 1989/90, als es den Forschungsbeirat längst nicht mehr gab, relevant wurden. Zum Beispiel mit der Frage: Wie gehen wir mit den ganz anderen Eigentumsformen in der

4 Zu diesem Abschnitt vgl. ausführlicher Hellmann 2009, Abschnitt 4.2.–4.4.

DDR um, wie mit den volkseigenen Betrieben und der kollektivierten Landwirtschaft, wie mit dem anderen Rechtssystem, der Wissenschaftsorganisation etc.[5]

Erste Überlegungen zur Veränderung der Strukturen der DDR-bezogenen Forschungslandschaft gab es schon in der großen Koalition CDU/SPD unter Herbert Wehner als Ressortminister. Ihm folgte nach dem Sieg der sozialliberalen Koalition als Bundesminister Egon Franke. Er hatte die Leitung des jetzt zum „Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen" umbenannten Ressorts bei weitem länger inne als jeder andere Ressortminister, nämlich von 1969 bis 1982, also dreizehn Jahre. In dieser Zeit wurde die DDR-Forschung weitgehend umstrukturiert sowie methodisch, konzeptionell und teilweise auch personell reformiert.

Sein Partner auf der Seite der Wissenschaft wurde Prof. Peter Christian Ludz, in der Tat eine Ausnahmepersönlichkeit. Er hat als Organisator großer Werke mit vielen Mitwirkenden unmöglich Erscheinendes geleistet, hat den Wissenschaften neue methodische und konzeptionelle Impulse vermittelt und selbst in maßstabsetzenden Werken kreative neue Fragestellungen, Multidisziplinarität und Methodenvielfalt demonstriert.

Aufsehen hatte er erregt mit den „Materialien und Berichten zur Lage der Nation" (Materialien 1971/1972 und 1974), wo er erstmals seine Fähigkeit demonstrierte, zahlreiche Fachwissenschaftler zu koordinieren, eine gewaltige Faktenfülle mit neuen Fragestellungen und Methoden zu bändigen und für die Politik handhabbar aufzubereiten.

Methodische Basis war eine „systemimmanente Herangehensweise"[6], also Analysetechniken, die sich auf systemeigene Quellen stützen, die Ergebnisse nicht mit der BRD vergleichen wollen, sondern mit den eigenen Ansprüchen und Ankündigungen des Systems, und Bewertungen erst vornehmen nach umfassender Analyse vorhandener Daten. Er erwog sogar vorher Undenkbares, nämlich von der DDR zu lernen:

5 Markus Gloe, der in seinem ausgezeichneten Buch „Planung für die deutsche Einheit" (2005) dem Forschungsbeirat ein Denkmal setzt, scheint dessen Auflösung bis heute zu bedauern.

6 Ludz hat u. a. im Vorwort zu „Mechanismen der Herrschaftssicherung" seinen Ansatz so erklärt: „Wissenschaftliche Analysen, sozialwissenschaftliche zumal, sollen zeigen, was ist, sollen zu erklären suchen, warum es so und nicht anders ist; sie sollen Deutungsmuster anbieten, die plausibel sind. Entsprechend haben wir stets die Eigengesetzlichkeit dieses Staates und dieser Gesellschaft als gegeben angenommen, sie zu analysieren versucht, ohne uns jemals politischen oder konzeptionellen Wunschträumen hinzugeben." (Ludz 1980: 11).

DDR-Forschung als Wissenschaft kann sich durchaus auch an der Frage: Was können wir in der Bundesrepublik von der DDR lernen? orientieren" – in beiderlei Hinsicht: in der „Vermeidung von Irrtümern und Fehlentwicklungen", aber auch als „Übernahme bestimmter Anregungen, Fragestellungen und Konzepte, wo immer diese zu finden sind (Gutachten AKVD Bd. 1, Ergebnisse und Empfehlungen (von P. C. Ludz): 46).

Mit solchen Ansichten erwarb er sich nicht nur Freunde. Kaum ein Wissenschaftler ist so vehement angegriffen worden und sah sich so massiven Verdächtigungen ausgesetzt wie er. Seine Autorität als Wissenschaftler festigte er dennoch: unter vielen anderen durch die maßstabsetzenden Bücher „Parteielite im Wandel" (Ludz 1968) und „*Mechanismen der Herrschaftssicherung – Eine sprachpolitische Analyse gesellschaftlichen Wandels in der DDR*" (Ludz 1980), das kurz nach seinem Freitod (1979) erschien und seine analytische Schärfe ebenso wie seine interpretatorischen Fähigkeiten zeigt, verbunden mit einem faszinierenden „cross checking" unterschiedlichster Methoden.

So souverän wie er beherrschten nicht alle Kolleginnen und Kollegen die Methoden des „systemimmanenten" Ansatzes. In manchen Arbeiten verflachte er zum schlichten Notieren und Zusammenfassen von DDR-Publikationen, ohne kritisches Hinterfragen der Quellen, und in anderen zur Anbiederung an die DDR-Wissenschaft. Ludz war – als Person wie auch als wissenschaftlicher Autor und Organisator – eine ständige Herausforderung für alle.

Seinen dritten großen Auftrag von Bundesminister Franke erhielt Ludz im April 1975, nämlich einen „Arbeitskreis für vergleichende Deutschlandforschung" ins Leben zu rufen, um ein „Gutachten zum Stand der DDR- und vergleichenden Deutschlandforschung" zu erarbeiten. Ludz berief sechzehn allseits bekannte Forscher, zumeist die Chefs der bundesgeförderten Institute und Projektnehmer, durchweg Ordinarien, in den Arbeitskreis. Etwas später wurden auf Vorschlag des Arbeitskreises fünf weitere Mitglieder berufen, darunter der Literatursoziologe Jürgen Scharfschwerdt für „Kultur" und M. W. Hellmann für „Sprache".

Jedes Mitglied hatte für seinen Sachbereich, deutlich über das eigene Arbeitsgebiet hinaus, ein Gutachten zu erstatten. Für den Aufbau der Gutachten war ein striktes Schema vorgegeben, das abgearbeitet werden musste. Jedes Gutachten wurde im Plenum beraten und beschlossen; der Vorsitzende behielt sich aber die Endredaktion vor, zusammen mit einer Redaktionskommission.

Ludz war der unbestrittene Chef des Arbeitskreises, und er machte von seiner Stellung als Vorsitzender und seiner Autorität ungehemmt und gelegentlich kompromisslos Gebrauch.

Er schaffte es, das Gesamtgutachten (Gutachten AFVD 1978) mit 1250 Seiten Text nach drei Jahren (Februar 1978) vorzulegen. Sein Text (gedruckt März 1978) blieb vertraulich bis zur Vereinigung, wenngleich Ausnahmen gestattet wurden.

Mein Anteil am Gutachten ist heute nachlesbar in dem von Dieter Herberg herausgegebenen Sammelband „Das einigende Band?" (Hellmann 1978). Das Kapitel „Sprache" enthält einen Rundblick über die verfügbare Forschung, auch, soweit bekannt, in der DDR. Was die aktuelle Forschung in der BRD und ihre Methoden betraf, konnte ich fast nur die Arbeit der – mit nur drei ständigen und vier projektfinanzierten wiss. Mitarbeitern relativ kleinen – Bonner Forschungsstelle referieren, weil es fast nichts anderes gab, jedenfalls nichts Institutionalisiertes. Dass dies eine äußerst unbefriedigende Forschungslage war, war nicht zu übersehen und es steht auch so im Gutachten. Genutzt hat es nichts: Ich fand zwar immer offene Ohren im Ministerium und im Gesamtdeutschen Institut, aber das Mannheimer IDS selbst war an einer Verbesserung der Lage offenkundig nicht interessiert: Es löste die Forschungsstelle, übrigens im Einvernehmen mit den das IDS finanzierenden Ministerien, im Herbst 1980 auf. Dies wiederum nahm keine staatliche Stelle zum Anlass für irgendeine Art von Intervention. So viel zum Verhältnis von Gutachten als Theorie und Praxis.

In diese Zeit fällt ein beachtlicher Teil der heute noch wichtigen Arbeiten zum Thema „Sprache und Kommunikation in den beiden deutschen Staaten". Sie sind nachschlagbar in der kommentierten „Bibliographie zum öffentlichen Sprachgebrauch" (Hellmann 1976), die bis 1975 reicht, und in mehreren Forschungsüberblicken auch aus späterer Zeit.[7]

Was die Frage der Ein- oder Zwei**staatlichkeit** betraf, war nahezu allen Teilnehmern am wissenschaftlichen Diskurs klar: Es gibt zwei deutschen Staaten, und zwar auf der Basis einer deutschen Nation. Dieses „und zwar auf der Basis" wurde schon nicht mehr von allen geteilt bzw. trat in den Hintergrund. So konnten z. B. Fragen, die sich auf die Verständigungsmöglichkeit zwischen Ost- und Westdeutschen bezogen, konterkariert werden mit Gegenfragen wie: Wozu wollen Sie das denn wissen? Halten Sie etwa eine Wiedervereinigung für

7 Unter anderen Schaeder 1981, Hellmann 1984 (Bericht Nr. 1, Abschnitt 1.2), Hellmann 1989.

möglich oder auch nur für wünschenswert? (s. Hellmann 1973, jetzt in Herberg (Hg.) 2008: 75–81 (Diskussion))

Was die Frage der Ein- oder Zwei**sprachigkeit** betraf, gab es einen weitgehenden Konsens, und zwar schon vor 1969: Es gibt nur eine deutsche Sprache, aber von ihren Mitteln wird in Ost und West unterschiedlich Gebrauch gemacht. Etwas wissenschaftlicher: Auf der Ebene der langue kann man mit Bezug auf die beiden deutschen Staaten – anders als mit Bezug auf Österreich oder die Schweiz – nicht von zwei Varietäten (man sagte damals noch Varianten) sprechen, da Syntax, Flexion, Wortbildung und der Grundwortschatz, ebenso die Normen der Hochlautung und der Rechtschreibung, fast völlig übereinstimmten. Auf der Ebene der parole allerdings, des Sprachgebrauchs, und besonders seiner öffentlichen Domäne, und ganz besonders im aktuellen Wortschatz, zeigen sich staats- und gesellschaftsspezifische Unterschiede, die es nahelegen, von gesellschaftsgebundenen Sprachgebrauchsvarietäten zu sprechen.

Auch dies erscheint uns heute selbstverständlich. Damals war es das keineswegs. Wir haben uns diese Unterscheidungen und ihre methodischen Konsequenzen erst erarbeiten müssen.

Einige Kollegen arbeiteten allerdings weiterhin mit ideologischen Feindbildern, sahen die Einheit der Sprachnation in Gefahr. Andere wandten sich ganz von unserm Thema ab, wahrscheinlich weil es ihnen nicht linguistisch genug erschien. Diejenigen, die auf dem Gebiet der DDR- und Deutschlandforschung gearbeitet hatten, fühlten sich ermutigt, im Sinne des Ansatzes von Ludz weiterzuarbeiten. Wir – in der Bonner Forschungsstelle des IDS – fühlten uns bestätigt in unserm oben beschriebenen dokumentierenden und empirisch vergleichenden Ansatz, in den Grundzügen schon 1965–66 (s. Hellmann 1968) entwickelt, 1976 dann von der DFG mit einem Vier-Jahres-Projekt gefördert.

An der Frage der Bewertung entzündete sich allerdings in der jüngeren Forschergeneration der Streit: Auf der Basis welches Normensystems, welcher Maßstäbe kann, darf oder sollte bewertet werden? Kann das oder sollte das immer der Maßstab der BRD und ihrer Wertesysteme sein? Oder gerade nicht? Kann es wertungsfreie Wissenschaft überhaupt geben?

In der sprachwissenschaftlichen Diskussion, oft bis in die einzelnen Arbeitsgruppen (auch der unsrigen) hinein, wiederholten sich die gleichen Debatten wie in der DDR- und Deutschlandforschung.

Ein Zeugnis der mühsamen Suche nach neuem Selbstverständnis, nach neuen Ansätzen und Methoden ist der Sammelband „Zum öffentlichen Sprachgebrauch in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR", der auf den Referaten einer Tagung im September 1970 beruht (Hellmann 1973).

3.3 Die „neue Ostpolitik"

Wie versprochen, machte sich die sozialliberale Koalition daran, das Verhältnis zu den osteuropäischen Nachbarn zu entspannen und mit der DDR zu einem modus vivendi zu gelangen, der die eingetretene Spaltung nicht noch vertiefte, sondern möglichst milderte. Uns sind die Formeln „*Wandel durch Annäherung*" und „*Politik der kleinen Schritte*" sicher noch in Erinnerung.

In den konservativen Medien der BRD argwöhnte man in der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition eine üble Kapitulation vor dem SED-Staat.

Die DDR-Führung sah die neue Ostpolitik der Regierung mit größtem Misstrauen, sah in den erfolgreichen Vertragsverhandlungen mit den „*Bruderländern*" eine abgefeimte Umgehungsstrategie, im „*Wandel durch Annäherung*" verdeckte konterrevolutionäre Absichten und in den Bemühungen um mehr Kontakte und „*menschliche Erleichterungen*" die Gefahr der inneren Aufweichung. Sie reagierte mit mehrfachen Verschärfungen des Grenzregimes, mit Kontaktverboten und Abgrenzung, sogar mit einer Verfassungsänderung. (siehe unten).

Allerdings zogen die *Bruderländer*, vor allem die Sowjetunion, nicht im gewünschten Maße mit, weil sie nicht an mehr Spannung, sondern an Entspannung in Europa interessiert waren.

Es kam zu den Verträgen über Berlin, zu den Abkommen mit Polen, der ČSSR, der Sowjetunion, zu den deutsch-deutschen Treffen in Erfurt und Kassel, schließlich zum Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten, der u. a. die Akkreditierung von Korrespondenten in der DDR zuließ, und schließlich zu der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" in Helsinki, mit dem berühmten Korb III, der einige Bürgerrechte, begrenzte Freiheiten und Kontakte sowie den Bereich Wissenschaft und Kultur international regelte. Er wurde von 30 europäischen Staaten sowie Kanada und USA unterschrieben, auch von den beiden deutschen Staaten.

Kontakte wurden von der DDR-Führung allerdings zunächst strikt auf die offizielle Ebene begrenzt und auch nach Abschluss des Grundlagenvertrages und der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO restriktiv gehand-

habt. Etwa ab 1973/74 wurde mehrfach in Aussicht gestellt, die DDR entwickele sich von einem *„sozialistischen Staat deutscher Nation"* („Ulbricht-Verfassung" von 1968) zu einem *„sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern"*, wie es in der neuen DDR-Verfassung („Honecker-Verfassung") von 1973 heißt, zu einer *sozialistischen Nation* mit (noch) deutscher *Nationalität*, wobei die historisch gewachsenen gemeinsamen ethnischen, sprachlichen und kulturellen Elemente immer mehr zurückträten gegenüber solchen des wachsenden Sozialismus und des Internationalismus (s. W. Schmidt 1972).

3.4 Die „Vier-Varianten-These"

Ein sprachwissenschaftlicher Reflex dieser offiziellen Linie – so schien es uns damals – war die These, es gebe schon jetzt „vier nationalsprachliche Varianten des Deutschen", das Deutsche in der DDR, der BRD, in Österreich und in der Schweiz (G. Lerchner 1974). Und es war nicht schwierig, Hunderte von Wortbeispielen zu finden, die diese These belegten. Westdeutsche Sprachwissenschaftler reagierten mit scharfer Kritik (u. a. Schlosser 1981): Die Beispiele, hieß es, stammten aus dem öffentlichen Vokabular und seien nicht beweiskräftig, insbesondere bewiesen sie keine nationalsprachliche Variante oder Varietät, solange das Sprachsystem – vor allem Grammatik und Wortbildungsregeln – gemeinsam blieben.[8]

1983 distanzierte sich der Leipziger Linguist Wolfgang Fleischer (Fleischer 1983) von dieser Variantenthese: Es gebe weiterhin eine deutsche Sprache mit allerdings unterschiedlichen Ausprägungen in Ost und West; der Klassenkampf finde in und mit dieser gemeinsamen Sprache statt. Uns erschien dieser Wechsel nahezu „sensationell" (Fleischer selbst sah das nicht so); wir wurden allerdings später darauf hingewiesen, dass die „Vier-Varianten-These" nie offizielle Parteilinie gewesen sei und jedenfalls unter den Linguisten im Zentralinstitut für Sprachwissenschaft an der Akademie der Wissenschaften umstritten gewesen sei (Hartung 1990). Das mag richtig sein. Leider haben wir im Westen diesen Streit nicht wahrnehmen können, er wurde, wie anderer Streit auch, intern unter Verschluss gehalten.

8 Gotthard Lerchner hat in seinem Beitrag von 1992 dazu klärend Stellung genommen (vgl. Lerchner 1992: 298–304).

Die neue Politik der Verhandlungen und Verträge mit der DDR hatte in der Tat die gewünschten Folgen: Die Zahl der Reisen vervielfachte sich, die westdeutschen akkreditierten Journalisten berichteten mit spürbarem Bemühen um Sachlichkeit über die DDR; einige ihrer Beiträge, wie die von Eva Windmöller (Windmöller 1980) oder Marlies Menge (Menge 1980a und 1980b), sind auch heute noch lesenswert. Ob das zu mehr deutsch-deutschem Zusammenhalt führte, darf man, jedenfalls für die westdeutsche Seite, bezweifeln (s. u. Kap. 4.1.)

Für uns als Sprachwissenschaftler hatte diese erfolgreiche Politik mindestens in dem einen Punkt sehr positive Folgen: Wir hatten keine Probleme, für unsere Projekte Drittmittel zu bekommen, seien es Druckkostenzuschüsse für Publikationen durch das Gesamtdeutsche Institut in Bonn, sei es ein Zuschuss für eine Tagung, sei es für das Projekt „*Kleines Wörterbuch des DDR-Wortschatzes*", das vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen finanziert wurde, sei es für unser großes Projekt „*Ost-West-Wortschatzvergleiche*", das von der DFG gefördert wurde, sei es für Aktivitäten im Bereich der Lehrerfortbildung (Gesamtdeutsches Institut Außenstelle Berlin, Bundeszentrale für politische Bildung Köln).

Auch für die Kolleginnen und Kollegen in der DDR gab es positive Folgen: Seit 1987 wurden deutlich mehr Genehmigungen für Westreisen erteilt als vorher. „Reisekader" zu werden war kein ganz utopischer Wunsch mehr.

Die internationale Germanistik und Linguistik versammelte sich 1987 in Ost-Berlin zum „Internationalen Linguistentag" im „Palast der Republik".

Mein letztes großes Projekt, das auf die vergleichende Analyse und Beschreibung komplexer Handlungspläne ostdeutscher und westdeutscher Bürger zielte (Hellmann 1991)[9], fiel der Vereinigung zum Opfer: Als es nach zweijähriger Pilotstudie beantragt werden konnte, weil die Grenzen nun offen und Interviews möglich waren, erklärte mir das Ministerium, der gesamte Etat für 1990 und 1991 werde benötigt, um Schulbücher für die Fächer Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde aufzukaufen und an den Schulen der

9 Es ging um den Vergleich komplexer Handlungspläne zum realen Problemfeld „Wohnungssuche". Dazu wären u. a. Interviews mit Wohnungssuchenden aus der DDR und der BRD erforderlich gewesen. Ich habe Ausschnitte aus dieser Pilotstudie auf einer Frankfurter Tagung am 30. September 1988 vorgetragen. Der Beitrag erschien, stark gekürzt, in dem Sammelband Schlosser (Hg.) 1991 (Hellmann 1991, jetzt in Herberg (Hg.) 2008: 185–203).

DDR zu verteilen, um die alten marxistisch-leninistischen aus dem Verkehr zu ziehen.

So direkt hatte ich mir den Zusammenhang von Politik und meiner Arbeit allerdings nicht vorgestellt.

4.1 Staat – Nation – Wir-Bewusstsein:

Inzwischen hatte sich das Verhältnis zwischen Staat und Nation in beiden Staaten in paradoxer Weise weiterentwickelt, – genauer: zwischen dem, was offiziell galt und dem, was die Bevölkerung dazu dachte.

In der DDR galt offiziell der Grundsatz, den Begriff *Deutschland* gebe es nicht mehr oder nur noch als historische Größe, Deutschland sei „im Feuer des Zweiten Weltkriegs untergegangen"; die DDR befinde sich, wie schon oben gesagt, auf dem Weg zu einer sozialistischen Nation in der Gemeinschaft der sozialistischen Bruderländer. Dies gelte unabhängig von weiterbestehenden Gemeinsamkeiten der Nationalität, wie Sprache, Sitten und Gebräuche etc. Die Sache sei also ganz einfach, so Honecker: „Staatsbürgerschaft DDR – Nationalität deutsch". Das Volk in der DDR hielt davon herzlich wenig, wie wir schon damals annahmen und heute wissen: Die DDR-Bürger sahen sich in der großen Mehrzahl als Deutsche, ihr Augenmerk war nach Westen, auf die Bundesrepublik gerichtet, der SED-beherrschte Staat war für die meisten nicht der ihre. Deutsch – das waren also alle, im Osten wie im Westen.

In der Bundesrepublik galt offiziell der Grundsatz: Deutschland besteht, wenngleich nur virtuell, weiter. Kultur und Sprache sind – neben dem Willen zur Gemeinsamkeit – die wichtigsten Klammern der weiterbestehenden Nation (so mehrfach Willy Brandt). Die Bundesrepublik Deutschland ist laut Grundgesetz nur ein Provisorium bis zum Tage einer Wiedervereinigung, allerdings ist sie bis dahin der allein legitime Vertreter ganz Deutschlands.

Diese offizielle Position verflachte in den achtziger Jahren mehr und mehr zur Festredner-Phrase am 17. Juni. Tatsächlich hatte sich die BRD in ihren europäischen und atlantischen Bindungen recht komfortabel eingerichtet; sie brauchte die DDR nicht unbedingt für ihr Selbstverständnis. Für die Mehrzahl der Bundesbürger – und vor allem für die jüngeren – galt: Wir, die Bürger der BRD, sind deutsch, sind Deutsche – gewiss: die Bürger der DDR sind auch Deutsche, aber nur „irgendwie". Auf jeden Fall war die DDR für die meisten Westdeutschen fremder als die west- und südeuropäischen Nachbarstaaten oder Mallorca. Man sprach von *deutschen Exporten*, *deutschen Autos*, und

meinte westdeutsche, von der *Deutschen Botschaft* in Kairo (obwohl es dort zwei deutsche Botschaften gab), man drückte der *deutschen* Fußballmannschaft die Daumen, auch wenn sie gegen die DDR-Mannschaft spielte – und paradoxerweise taten viele DDR-Bürger das gleiche. Wenn allerdings Westdeutsche in Leipzig am Kiosk sagten: „Haben Sie denn hier keine deutschen Zeitungen?" oder „Ich habe nur noch deutsches Geld" oder „Morgen fahre ich wieder nach Deutschland" – dann allerdings fühlten sich DDR-Bürger missachtet und ausgegrenzt.

4.2 Zur Abkürzung „BRD"

Der westdeutsche Staat war an dieser Entwicklung nicht ganz unbeteiligt. Zeitweise gab es heftigen Streit um die Abkürzung „*BRD*" (Hellmann 1997): sie sei, hieß es, ein kommunistisches Kürzel, von der DDR erfunden zur Diffamierung der Bundesrepublik. Tatsächlich ist sie von Adenauers Staatssekretär, dem Verfassungsjuristen Prof. Wilhelm Grewe schon 1949 erfunden und gebraucht worden; sie wurde seitdem in Nachschlagewerken (auch offiziösen), in der Wissenschaft und auch in Teilen der Medien problemlos, wenngleich selten, gebraucht. In der DDR war sie bis 1969 verboten, erstmals gebrauchte sie Walter Ulbricht im Dezember 1969 in einem offiziellen Schreiben an den Bundespräsidenten Gustav Heinemann (Ulbricht 1969). Statt der Abkürzung wurde den Bundesbürgern nun „*Bundesrepublik*" empfohlen oder einfach „*Deutschland*" bzw. „*deutsch*". Besonders eifrig dabei war die CSU bzw. die bayrische Staatskanzlei.[10] Verfassungsrechtler warnten erst spät vor der Gefahr, dass durch solchen Sprachgebrauch die DDR und ihre Bürger aus der begrifflichen Gemeinsamkeit des Deutsch-Seins ausgegrenzt würden, dies sei möglicherweise verfassungswidrig (Murswiek 1986).

Dem allgemeinen Trend zum separat-nationalen Wir-Gefühl der Westdeutschen hat diese Sprachregelung sicherlich Vorschub geleistet.

Wie so vieles andere war dies und die dahinter vermutete Arroganz ein Grund dafür, dass sich so viele Ost-Bürger nach der Wende verletzt und missachtet fühlten.

10 Die „Richtlinien" zur Bezeichnung der beiden deutschen Staaten waren für den amtlichen Gebrauch einschließlich der Schulen bestimmt. Bayern versuchte mehrfach, die Richtlinien für die ganze Gesellschaft bindend zu machen. Es richtete auch einen entsprechenden Mahnbrief an das IDS, dessen Mitarbeiter Manfred W. Hellmann diese Abkürzung gebrauchte, ja sogar für ihren Gebrauch warb. Der Vorstand des IDS wies die Intervention zurück.

4.3 Sprachwissenschaft

Die Sprachwissenschaftler in den beiden deutschen Staaten hatten sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre aufeinander zu bewegt. Der australische Linguist Michael Clyne hatte in seinen soziolinguistischen Studien darauf hingewiesen, dass das Deutsche keine Sprache mit einem Zentrum, einer „Hauptvariante" sei, sondern plurizentrisch strukturiert (Clyne 1984). Auf einer internationalen Tagung 1987 in Bern, also auf neutralem Boden, nahm Peter von Polenz dies zum Anlass, das Konzept von einer „Hauptvariante Bundesrepublik" zu kritisieren und statt dessen für das Konzept einer plurizentrischen Struktur zu werben: Es gebe nicht kulturnational, aber doch staatsnational vier Varietäten des Deutschen; alle vier deutschsprachigen Staaten trügen zu dem bei, was z. B. im Ausland als deutsche Sprache, Kultur und Literatur verstanden werde. Dem stimmten nicht nur die Vertreter Österreichs und der Schweiz zu, sondern auch Wolfdietrich Hartung aus der DDR (Akademie der Wissenschaften) (Podiumsdiskussion 1987, jetzt in Hellmann/Schröder 2008: 283–296).

Damit war zumindest verbal ein gemeinsamer Standpunkt erreicht worden: Vier staatsnationale Varietäten in vier deutschsprachigen Staaten, aber kulturnational nur drei.

Die Bürger der DDR entzogen der These von der staatsnationalen Varietät jedoch im Herbst 1989 den Boden – den des Staates.

Mit diesem erneuten Paradoxon will ich meinen Überblick schließen.

5 „Durch die gemeinsame Sprache getrennt"?

Seit den siebziger Jahren bis kurz vor der friedlichen Revolution wurde immer wieder die besorgte Frage gestellt, wie sich denn die sprachlichen Differenzierungen im öffentlichen und auch alltäglichen Sprachgebrauch angesichts der stark restringierten Kommunikationsmöglichkeiten auf die Verständigungsfähigkeit und Verständigungsbereitschaft der Deutschen aus Ost und West auswirken würden, wenn sie sich denn einmal wieder im Alltag begegnen würden. Das setzte nicht unbedingt eine staatliche Vereinigung voraus, sondern nur eine erhöhte Durchlässigkeit der Grenzen, sei es im Rahmen von Vereinbarungen gemäß Korb III der Schlussakte von Helsinki, sei es in Form einer österreichischen Lösung, sei es als Folge von Glasnost und Perestroika oder einer öfter angedachten „Konföderation".

Niemand aber hat solche Fragen zum Ausgangspunkt von Forschungsprojekten gemacht.[11] Niemand also wusste auch nur annähernd, was im Falle solcher Alltagsbegegnungen kommunikativ passieren würde. Meine Ahnungen freilich waren pessimistisch, und sie wurden durch die Realität noch weit übertroffen: Die Kommunikation zwischen Ost- und Westbürgern misslang in den ersten Jahren nach der friedlichen Revolution desaströs, und gerade daran wurden wir uns bewusst, wie unterschiedlich wir geworden waren. Buchtitel erschienen wie „Ihr könnt uns einfach nicht verstehen" (Klein 2001) oder „Warum wir uns nicht leiden können" (Ensel 1995) oder Sammlungen mit bösartigen Witzen über die jeweils anderen (Serwuschok/Dölle 1991). Die Enttäuschung über das so häufige Misslingen war so groß und so verbreitet, dass der Schriftsteller Christoph Hein sagen konnte: „Ost- und Westdeutschland sind durch eine gemeinsame Sprache getrennt".

Um den Titel dieses Vortrags aufzugreifen: Jetzt hatten wir **einen** Staat, aber gefühlte zwei „Sprachen" bzw. Kommunikationsweisen.

Es hat viele Jahre gedauert, bis diese kommunikative Fremdheit einigermaßen überwunden war. Das Hauptverdienst an diesem sprachlich-kommunikativen Ausgleich gebührt den ehemaligen DDR-Bürgern: Sie haben in einem bewundernswerten Lern- und Übernahmeprozess die Differenzen weitgehend überbrückt, auch wenn es, wie manche meinen, noch immer Reste von sprachlich-kommunikativer Fremdheit, von Unterschiedlichkeit gibt.

Wahrscheinlich wird dies aber immer mehr zu einem Generationenproblem. Für die jüngere Generation der unter 35-jährigen ist dies alles Geschichte.

Und das, meine ich, ist auch gut so.

11 So hat z. B. niemand versucht, die zahlreichen Übersiedler aus der DDR nach einigen Wochen Aufenthalt in der BRD nach ihren sprachlich-kommunikativen Erfahrungen zu befragen.

Literatur

BARTHOLMES, HERBERT (1970): *Tausend Worte Sowjetdeutsch. Tentamensarbeit an der Universität Göteborg. Überarbeiteter Wiederabdruck unter dem Titel „Einige Tendenzen der kommunistischen Terminologie“.* In: Herbert Bartholmes (1970): Bruder, Bürger, Freund, Genosse und andere Wörter der sozialistischen Terminologie. Wortgeschichtliche Beiträge. (= Göteborger Germanistische Forschungen Bd. 11) Göteborg, 9–30.

BETZ, WERNER (1962): *Zwei Sprachen in Deutschland?* Jetzt in: Manfred W. Hellmann/Marianne Schröder (Hg.) (2008): 113–120.

DAS BONNER ZEITUNGSKORPUS TEIL I (1984). *Im Institut für Deutsche Sprache erarbeitet nach dem Konzept und unter der Leitung von Manfred W. Hellmann.* (= Reihe RMM Nr. 007/1) Nürnberg (MCS-Verlag) [Microfiche-Veröffentlichung von Texten und Registern; seit 1994 Teil des computergespeicherten Mannheimer Textkorpus].

CLYNE, MICHAEL G. (1984): *Language and society in the German speaking countries.* Cambridge.

DDR HANDBUCH (1985). *Wissenschaftliche Leitung Hartmut Zimmermann unter Mitarbeit von Horst Ulrich und Michael Fehlauer*, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. 3. Aufl. (2 Bde.), Köln.

DIECKMANN, WALTHER (1967): *Kritische Bemerkungen zum sprachlichen Ost-West-Problem.* Jetzt in: Manfred W. Hellmann/Marianne Schröder (Hg.) (2008): 177–210.

DIECKMANN, WALTHER (1969): *Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache* (= Sprachwissenschaftliche Studienbücher, 2. Abt.). Heidelberg. (2. Auflage Heidelberg 1975 mit einem Literaturanhang).

ENSEL, LEO (1995): *„Warum wir uns nicht leiden mögen …“ – Was Ossis und Wessis voneinander halten.* Münster.

FLEISCHER, WOLFGANG (1983): *Die deutsche Sprache in der DDR. Grundsätzliche Überlegungen zur Sprachsituation.* Jetzt in: Manfred W. Hellmann/Marianne Schröder (Hg.) (2008): 267–282.

FRÖHLING, JÖRG/MEINEL, REINHILD/RIHA, KARL (HG.) (1996): *Wende-Literatur. Bibliographie und Materialien zur Literatur der deutschen Einheit.* (= Bibliographie zur Literatur- und Mediengeschichte Bd. 6). Frankfurt a. M., Berlin u. a.

GERNENTZ, HANS JOACHIM (1967): *Zum Problem der Differenzierung der deutschen Sprache in beiden deutschen Staaten.* Jetzt in: Manfred W. Hellmann/Marianne Schröder (Hg.) (2008): 171–176.

MARKUS GLOE (2005): *Planung für die deutsche Einheit. Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands 1952 bis 1975.* Wiesbaden.

GUTACHTEN ZUM STAND DER DDR- UND VERGLEICHENDEN DEUTSCHLANDFORSCHUNG (1978). *Erstattet vom Arbeitskreis für vergleichende Deutschlandforschung unter Vorsitz von Peter C. Ludz im März 1978.* (Eigendruck des BMIB, nur für den Dienstgebrauch).

HARTUNG, WOLFDIETRICH (1990): *Einheitlichkeit und Differenziertheit der deutschen Sprache. Bemerkungen zur Diskussion um die ‚nationalen Varianten'*. In: Zeitschrift für Germanistik 11. Jg., H. 4, 447–466.

HELLMANN, MANFRED W. (1968): *Zur Dokumentation und maschinellen Bearbeitung von Zeitungstexten in der Außenstelle Bonn*. In: Forschungsberichte des Instituts für Deutsche Sprache Bd. 2, 39–125.

HELLMANN, MANFRED W. (Hg.) (1973): *Zum öffentlichen Sprachgebrauch in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR – Methoden und Probleme seiner Erforschung*. (= Reihe Sprache der Gegenwart Bd. 18) Düsseldorf.

HELLMANN, MANFRED W. (1973): *Wortschatzdifferenzen und Verständigungsprobleme – Fragen bei der Erforschung der sprachlichen Situation in Ost und West*. Jetzt in Hellmann/Schröder (Hg.) (2008), 126–145.

HELLMANN, MANFRED W. (Hg.) (1976): *Bibliographie zum öffentlichen Sprachgebrauch in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Zusammengestellt und kommentiert von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Manfred W. Hellmann*. (= Reihe Sprache der Gegenwart Bd. 16) Düsseldorf.

HELLMANN, MANFRED W. (1978a): *Sprache zwischen Ost und West. Überlegungen zur Wortschatzdifferenzierung und ihren Folgen*. In: Wolfgang Kühlwein/Günter Radden (Hg.): Sprache und Kultur – Studien zur Diglossie, Gastarbeiterproblematik und kulturellen Integration. (= Reihe Tübinger Beiträge zur Linguistik Bd. 107) Tübingen, 15–54. Jetzt in: Hellmann/Schröder (Hg.) (2008): 235–266.

HELLMANN, MANFRED W. (1978b): *Gutachten: Allgemeine Probleme in der literatur- und sprachwissenschaftlichen DDR-Forschung, Teil A Sprache*. Jetzt in: Herberg (Hg.) (2008): 85–116.

HELLMANN, MANFRED W. (1984): *Das Projekt „Ost-West-Wortschatzvergleiche" – Neue Wege zur Untersuchung der sprachlichen Ost-West-Differenzen*. In: Hellmann, Manfred W. (Hg.): Ost-West-Wortschatzvergleiche. Maschinelle Untersuchungen zum Vokabular von Zeitungstexten aus der BRD und der DDR. (Reihe Forschungsberichte des IDS Bd. 48) Tübingen, 11–73.

HELLMANN, MANFRED W. (1989): *Die doppelte Wende – Zur Verbindung von Sprache, Sprachwissenschaft und zeitgebundener politischer Bewertung am Beispiel deutsch-deutscher Sprachdifferenzierung*. In: Josef Klein (Hg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen, 297–328. Jetzt in: Herberg (Hg.) (2008): 155–184.

HELLMANN, MANFRED W. (1991): *„Ich suche eine Wohnung" – Zur vergleichenden Analyse alltagssprachlichen Handelns in beiden deutschen Staaten*. In: Horst Dieter Schlosser (Hg.): Kommunikationsbedingungen und Alltagssprache in der ehemaligen DDR. Ergebnisse einer interdisziplinären Tagung in Frankfurt a. M., 30.9.–1.10.1988. Hamburg, 19–32. Jetzt in: Herberg (Hg.) (2008): 185–202.

HELLMANN, MANFRED W. (1992): *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West. Ein rechnergestütztes Korpus-Wörterbuch zu Zeitungstexten aus den beiden deutschen Staaten. DIE WELT und Neues Deutschland 1949–1974; 3 Bde.*; Tübingen (Narr).

1992 (= Forschungsberichte des IDS Bd. 69.1–69.3). Daraus Vorwort und Einleitung; jetzt in: Herberg (Hg.) (2008): 203–250.

HELLMANN, MANFRED W. (1997a): *Das „kommunistische Kürzel BRD" – Zur Geschichte des öffentlichen Umgangs mit den Bezeichnungen für die beiden deutschen Staaten.* In: Irmhild Barz/Marianne Schröder (Hg.): Nominationsforschung im Deutschen. Festschrift für Wolfgang Fleischer zum 75. Geburtstag. Frankfurt a. M., Berlin, Bern u. a., 93–107.

HELLMANN, MANFRED W. (1997b): *Tendenzen der sprachlichen Entwicklung seit 1989 im Spiegel der Forschung.* In: Der Deutschunterricht Nr. 1/1997 [Themenheft „Sprachwandel nach 1989"], 17–32. Jetzt in: Dieter Herberg (Hg,) (2008): 397–422.

HELLMANN, MANFRED W. (1999): *Wende-Bibliographie. Literatur und Nachschlagewerke zu Sprache und Kommunikation im geteilten und vereinigten Deutschland ab Januar 1990.* (= amades Nr. 1, März 1999) Mannheim (Eigenveröffentlichung des IDS).

HELLMANN, MANFRED W. (2006) unter Mitwirkung von Pantelis Nikitopoulos und Christoph Melk: *Wörter in Texten der Wendezeit. Ein Wörterbuch zum „Wendekorpus" des IDS Mai 1989 bis Ende 1990.* CD-ROM mit Begleitband. (= amades Nr. 1/04) Mannheim (Eigenveröffentlichung des IDS).

HELLMANN, MANFRED W./SCHRÖDER, MARIANNE (HG.) (2008) unter Mitarbeit von Ulla Fix: *Sprache und Kommunikation in Deutschland Ost und West. Ein Reader zu fünfzig Jahren Forschung.* (= Germanistische Linguistik Bd. 192–194) Hildesheim.

HELLMANN, MANFRED W. (2009): *Kontroversen um das „sprachliche Ost-West-Problem". Zum Spannungsfeld zwischen Politik, Wissenschaftsförderung und Sprachwissenschaft. Ein forschungshistorischer Rückblick.* In: 1989–2009: Zur Sprachentwicklung seit der Wiedervereinigung. [Themenheft der Zeitschrift „Deutsche Sprache"].

HERBERG, DIETER (HG.) (2008): *Manfred W. Hellmann: Das einigende Band? Beiträge zum sprachlichen Ost-West-Problem im geteilten und im wiedervereinigten Deutschland.* (= Studien zur deutschen Sprache Bd. 43) Tübingen.

HÖPPNER, JOACHIM (1963): *Über die deutsche Sprache und die beiden deutschen Staaten.* In: Weimarer Beiträge Jg.9, 576–585. Wiederabdruck in: Friedrich Handt (1964): Deutsch – gefrorene Sprache in einem gefrorenen Land? unter dem Titel „Widerspruch aus Weimar", 143–151.

IHLENBURG, KARL HEINZ (1964): *Entwicklungstendenzen des Wortschatzes in beiden deutschen Staaten.* Jetzt in: Hellmann/Schröder (Hg.) (2008): 143–170.

KLEIN, OLAF GEORG (2001): *Ihr könnt uns einfach nicht verstehen! Warum Ost- und Westdeutsche aneinander vorbeireden.* Frankfurt a. M.

KLEMPERER, VICTOR (1954): *Zur gegenwärtigen Sprachsituation in Deutschland*, Berlin (Ost); (1. Aufl. 1952).

KORLÉN, GUSTAV (1959): *Zur Entwicklung der deutschen Sprache diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs.* Jetzt in: Hellmann/Schröder (Hg.) (2008): 63–84.

LERCHNER, GOTTHARD (1974): *Zur Spezifik der Gebrauchsweise der deutschen Sprache in der DDR und ihrer gesellschaftlichen Determination.* In: Deutsch als Fremdsprache 11, H. 5, 259–265.

LERCHNER, GOTTHARD (1976): *Nationalsprachliche Varianten.* In: forum 3, 10–11.

LERCHNER, GOTTHARD (1992): *Broiler, Plast(e) und Datsche machen noch nicht den Unterschied. Fremdheit und Toleranz in einer plurizentrischen deutschen Kommunikationskultur*. In: Gotthard Lerchner (Hg.) (1992): Sprachgebrauch im Wandel. Anmerkungen zur Kommunikationskultur in der DDR vor und nach der Wende. (= Leipziger Arbeiten zur Sprach- und Kommunikationsgeschichte Bd. 1. (2. Aufl. 1996), 297–332.

LERCHNER, GOTTHARD (2000) : *Nation und Sprache im Spannungsfeld zwischen Sprachwissenschaft und Politik in der Bundesrepublik und in der DDR bis 1989*. In: Andreas Gardt (Hg.): Nation und Sprache. Die Diskussion ihres Verhältnisses in Geschichte und Gegenwart. Berlin, New York, 273–302.

LUDZ, PETER CHRISTIAN (1968): *Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung*. Opladen.

LUDZ, PETER CHRISTIAN (1980): *Mechanismen der Herrschaftssicherung. Eine sprachpolitische Analyse des gesellschaftlichen Wandels in der DDR*. München, Wien.

MATERIALIEN 1971/72: BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (HG.): *Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971*. Bonn.

MENGE, MARLIES/MEISEL, RUDI (Fotos) (1980a): *„Der strategische Rang des Getreides im Klassenkampf"*. In: Zeit Magazin Nr. 40, 26.9.1980, 16–20.

MENGE, MARLIES (1980b): *DDR nach Dienstschluss. Was machen die Menschen drüben, wenn Honecker sie aus der Pflicht entlässt?* In: Zeit Magazin Nr. 49, 28.11.1980, 7–20.

MOSER, HUGO (1961): *Die Sprache im geteilten Deutschland*. Jetzt in: Hellmann/Schröder (Hg.) (2008): 85–112.

MOSER, HUGO (1962*): Sprachliche Folgen der politischen Teilung Deutschlands*. (= Beiheft zum ‚Wirkenden Wort', Nr. 3) Düsseldorf.

MURSWIEK, DIETRICH (1986): *Bonner Kommentar Grundgesetz – Loseblattsammlung, Ergänzungslieferung Nov. 1986 (zur Überschrift des Grundgesetzes)*, Zweitbearbeitung Dietrich Murswiek. 37–40.

PODIUMSDISKUSSION (1987): Zellweger, Rudolf (Redaktion): *Podiumsdiskussion. Nationale Varianten der deutschen Hochsprache*. Jetzt in: Hellmann/Schröder (Hg.) (2008): 283–296.

POLENZ, PETER VON (1988): *‚Binnendeutsch' oder plurizentrische Sprachkultur? Ein Plädoyer für Normalisierung in der Frage der ‚nationalen' Varietäten*. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik H. 2, 198–218.

POLENZ, PETER VON (1993): *Die Sprachrevolte in der DDR im Herbst 1989. Ein Forschungsbericht nach drei Jahren vereinter germanistischer Linguistik*. In: Zeitschrift für germanistische Linguistik Bd. 22, 127–149. Jetzt in: Hellmann/Schröder (Hg.): 363–390.

POLENZ, PETER VON (1999): *Deutsche Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Neuzeit Bd. III: 19. und 20. Jahrhundert*. Berlin.

RICHTER, WALTER (1953): *Zur Entwicklung der deutschen Sprache in der sowjetischen Besatzungszone*. Jetzt in: Hellmann/Schröder (Hg.) (2008): 43–50.

SBZ von A–Z (1954): *Ein Taschen- und Nachschlagewerk über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen*. (2. Aufl.) Bonn.

Schaeder, Burkhard (1981): *Deutsche Sprache in der BRD und in der DDR*. In: Muttersprache Jg. 91, H. 3/4, 198–205.

Schaeder, Burkhard (1997): *Die deutsche Vereinigung im Spiegel der Wörterbücher – Oder: Was ist lexikographisch aus der DDR geworden?* In: Irmhild Barz/Ulla Fix (Hg.): Deutsch-deutsche Kommunikationserfahrungen im arbeitsweltlichen Alltag. (= Sprache – Literatur und Geschichte Bd. 16), 45–73 (bes. 68–71).

Schlosser, Horst Dieter (1981): *Die Verwechslung der deutschen Nationalsprache mit einer lexikalischen Teilmenge*. In: Muttersprache Jg. 91, 145–156.

Schlosser, Horst Dieter (Hg.) (1991): *Kommunikationsbedingungen und Alltagssprache in der ehemaligen DDR. Ergebnisse einer interdisziplinären Tagung in Frankfurt am Main, 30.9.–1.10.1988*. Herausgegeben und eingeleitet von Horst Dieter Schlosser. Hamburg.

Schlosser, Horst Dieter (2005): *Es wird zwei Deutschlands geben. Zeitgeschichte und Sprache in Nachkriegsdeutschland 1945–1949*. (= Frankfurter Forschungen zur Kultur- und Sprachwissenschaft Bd. 10) Frankfurt a. M., Berlin, Bern u. a.

Schmidt, Wilhelm (1972): *Thesen zu dem Thema „Sprache und Nation"*. Jetzt in: Hellmann/Schröder (Hg.) (2008): 231–234.

Serwuschok, Ingo/Dölle, Christine (1991): *Der BesserWessi*. Leipzig (2. Aufl.).

Ulbricht, Walter (1969): *Entwurf eines Vertrages über die Herstellung völkerrechtlicher Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland*. In: Neues Deutschland, 18./19. Dezember 1969, S. 4.

Ulbricht, Walter (1970): *Rede auf der 13. Tagung des ZK der SED*. In: Neues Deutschland Jg. 25, Nr. 164, 16. Juni 1970, S. 4.

Weiskopf, Franz C. (1955): *„Ostdeutsch" und „Westdeutsch" oder über die Gefahr der Sprachentfremdung*. Jetzt in: Hellmann/Schröder (Hg.) (2008): 51–62.

Windmöller, Eva (1980): *Leben in der DDR*. Hamburg. (Darin Kapitel 12: „Die Kunst der doppelten Zunge").